

# Posener Tageblatt



**Bezugspreis:** In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— z. mit Zustellgeld in Posen 4.40 z., in der Provinz 4.30 z. Bei Postbezug monatlich 4.40 z., vierteljährlich 13.10 z. Unter Streifenband in Polen und Danzig monatlich 6.— z. Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rml. Bei höherer Gewalt, Betriebsführung oder Arbeitsunterbrechung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“, Posen, Aleja Warsz. Biskupskiego 25, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Posen. Postfachkonten: Posen Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto.-Zug.: Concordia Sp. Akt.) Fernsprecher 6106, 6276.

**Anzeigenpreis:** Die 34 mm breite Millimeterzeile 16 gr, Textzeile-Millimeterzeile (68 mm breit) 76 gr. Platzvorschrift und schwebender Satz 50 % Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt Anzeigen-Abteilung Posen Nr. 25, Aleja Warszalka Biskupskiego 25. — Postfachkonto in Polen: Concordia Sp. Akt. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Posen Nr. 200 283. In Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Posen. — Fernsprecher 6276, 6105.

76. Jahrgang

Posen (Posen), Mittwoch, 21. Juli 1937

Nr. 163

## Hausdurchungen beim Polenbund in Berlin

Die polnische Presse verrät in den letzten Tagen deutlich das Bestreben, durch recht viele und ausführliche Kommentare über das Leben des Polenbundes in Deutschland über die Tatsachen hinwegzugehen, die aus Anlaß des 15. Juli die deutsche Presse zu unterschiedenen Stellungnahmen gezwungen hat. So bringen die Sonntagsnummern mehrerer polnischer Blätter in großer Aufmachung eine Meldung, wonach am Freitag in der Zentrale des Polenbundes in Berlin und in der Burse der polnischen akademischen Jugend in Berlin polizeiliche Hausdurchungen stattgefunden hätten. Die gesamte Korrespondenz, die Bücher und anderes mehr seien kontrolliert worden.

### Kensau

Wir berichteten gestern, daß der Antrag auf Haftentlassung der 17 im Königer Prozeß verhafteten jungen Deutschen abgelehnt worden ist. Dieser Entschluß des Königer Gerichts hat das gesamte Deutschland in Polen schmerzlich berührt. Wir alle hoffen, daß das Gerichtsverfahren in zweiter Instanz möglichst schnell beendet wird, damit die Entscheidung über das Schicksal der im Gefängnis sitzenden Deutschen bald fällt.

Der Kensau-Prozeß war der dritte, der in den letzten Monaten gegen jugendliche deutsche Volksgenossen durchgeführt worden ist. Vorangegangen waren die beiden großen Prozesse in Tarnowiz. In diesen drei Prozessen waren nicht weniger als 109 Personen, von denen ein großer Teil noch minderjährig war, unter die Anklage der Geheimbündelei gestellt worden. Die Urteile, die in diesen Prozessen gefällt wurden, machen insgesamt 674 Monate Gefängnis aus.

## Dr. Grażnyński über die zukünftige Haltung gegenüber dem Deutschtum

Ueber die Lage des Deutschtums in Oberschlesien nach dem Erlöschen der Genfer Konvention veröffentlicht der „Kurjer Warszawski“ eine Unterredung seines Mitarbeiters mit dem schlesischen Wojewoden Dr. Grażnyński.

In dieser Unterredung erklärte Dr. Grażnyński, man könne von einer Verschlechterung der Respektgrundlagen für die Entwicklung des Lebens der nationalen Minderheit nach dem Erlöschen der Genfer Konvention nicht sprechen, da die Verfassung jedem Staatsbürger das Recht, seine Nationalität zu wahren und seine Sprache und nationalen Eigentümlichkeiten zu pflegen, gewährleiste. Es werden nur die Versuche aufhören, die kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der nationalen Minderheit zu politischen Schandzügen auf internationalem Gebiete auszunutzen. Die Atmosphäre des Zusammenlebens der Mehrheit mit der deutschen Minderheit werde sich demzufolge bessern. Es beständen keinerlei Absichten, auf verwaltungsmäßigem Wege die kulturelle Bewegungsfreiheit für die Entwicklung des deutschen Elements einzuschränken. Es werde lediglich darauf geachtet werden, daß in den Organisationen der Minderheit keine irredentistischen (!) Bestrebungen in Erscheinung treten oder Bestrebungen, die in einem Widerspruch zur Loyalität dem Staate gegenüber stehen.

Unter Hinweis auf die letzten Deutschtumsprozesse erklärte der Wojewode, daß in die deutschen Organisationen unerwartete Elemente eindringen, die für den Irredentismus (!) eintreten und auf diese Weise die Atmosphäre des Zusammenlebens vergiften. Versuche dieser Art müßten selbstverständlich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Für die Gestaltung der Minderheitenfrage in Oberschlesien sei im übrigen die Frage des Schicksals der Polen im deutschen Teil Oberschlesiens besonders wichtig.

## Der Anschlag auf Oberst Koc

Die Persönlichkeit des polnischen Attentäters ermittelt  
Eine Reihe von Verhaftungen — Einzelheiten werden noch geheim gehalten

Warschau, 20. Juli.

Die polizeilichen Untersuchungen über den mißlungenen Anschlag auf Oberst Koc hat bereits zu greifbaren Ergebnissen geführt. Es ist gelungen, die Identität des ums Leben gekommenen Attentäters und den Kreis festzustellen, in dem der Plan für den verbrecherischen Anschlag entstanden ist. In Warschau und außerhalb der Hauptstadt wurde bereits eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Weitere Einzelheiten über die Person des Täters und seine Mithelfer werden vorläufig geheimgehalten.

Aus den Resten des Anzuges, den der Attentäter getragen hat, kann man schließen, daß es sich um einen elegant gekleideten Mann handelte. Sein Alter wird mit etwa 30 Jahren angegeben. Der Täter muß mit den Lebensgewohnheiten des Obersten Koc genau vertraut gewesen sein. Die Unter-

suchung der Bombensplitter, so schreibt das Militärblatt „Polka Brojna“, lasse darauf schließen, daß es sich entgegen der Vermutung nicht um eine Bombe mit Uhrwerk, sondern um eine Bombe von ungewöhnlicher Explosivkraft mit Aufschlagzündung handelte. Das Blatt vermutet, daß der Täter die Bombe vor den Kraftwagen des Obersten werfen wollte, der am Sonntag eigentlich schon um 21 Uhr nach Warschau zurückfahren wollte. Seine Rückkehr habe sich aber infolge bis dahin nicht abgeschlossener Arbeit erheblich verzögert. Aus diesem Grunde habe sich der Attentäter, der wahrscheinlich solange auf einem Felde in der Nähe wartete, entschlossen, die Bombe in das Fenster des einstöckigen Sommerhauses zu werfen. Man vermutet übrigens, daß der Täter ausgeglitten ist und dabei die Bombe fallen ließ, so daß sie vorzeitig explodierte. Die Stärke schließe, wie

das Blatt weiter sagt, von vornherein jede Vermutung aus, daß es sich hier um die Bahnstrecke eines einzelnen gehandelt haben könnte. Wahrscheinlich hätten Mithelfer des Verbrechers in der Nähe mit einem Wagen bereitgestanden, um ihn nach der Tat schnellstens in Sicherheit zu bringen.

## „Der Kreis um den Bombenattentäter muß ausgerottet werden“ Ein Aufruf des Warschauer Stadtpräsidenten

Warschau, 20. Juli.

Der Vorsitzende des städtischen Sektors des Lagers der Nationalen Einigung, der Warschauer Stadtpräsident Starzyński, erläßt einen Aufruf, in dem gefordert wird, daß der Kreis, dem der Attentäter entstamme, ganz gleich welcher Art er auch sein möge, ein für allemal vernichtet werde. Der Anschlag auf das Leben des Leiters des Lagers der Nationalen Einigung, der im Auftrag Marschalls Smigly-Rydz die Aufgabe der Zusammenfassung der Nation übernommen habe, sei ein Beweis für die verbrecherische Betätigung staatsfeindlicher Elemente, die so schnell wie möglich ausgerottet werden müßten.

## Der Kampf gegen die Evangelische Kirche in Oberschlesien

Proteste gegen das Gesetz über die vorläufige Organisation der Unierten Evangelischen Kirche

In unserer Sonntagsausgabe berichteten wir, daß der schlesische Sejm ein Gesetz über die vorläufige Organisation der Unierten Evangelischen Kirche in Polnisch-Oberschlesien verabschiedet habe.

Das neue Gesetz hebt die Selbständigkeit der Unierten Kirche völlig auf. Zum entscheidenden Faktor wird der schlesische Wojewode.

Das Gesetz nimmt den jetzigen kirchlichen Körperschaften das Recht der Pfarrerrwahl und sieht vor, daß die Pastoren von der Leitung der Kirche unter Zustimmung des Wojewoden berufen werden.

Das bedeutet, daß die Mehrzahl der deutschen Gemeinden in absehbarer Zeit polnische Geistliche haben wird.

Weiter gibt das neue Gesetz dem neu zu bildenden vorläufigen ober-schlesischen Kirchenrat das Recht, die Unierte Evangelische Kirche der in ihrer Leitung bereits völlig polonisierten Evangelisch-Augsburgischen Kirche anzugliedern.

Die rechtmäßige Vertretung der Kirche hatte noch vor der Sitzung des schlesischen Sejms beim schlesischen Wojewoden Einspruch gegen die Vorlage erhoben und telegraphisch den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Kultusminister angerufen.

Der Brief des Präsidenten der Unierten Evangelischen Kirche D. Wój an Dr. Grażnyński hat folgenden Wortlaut

„Herr Wojewode!

Sie haben mir vorgestern einen Gesetzentwurf über die vorläufige Organisation der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien zur Kenntnisnahme übergeben. Dieser Entwurf soll heute dem schlesischen Sejm zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ich habe bereits vorgestern aufs nachdrücklichste darauf hingewiesen, daß die Einbringung eines derartigen Gesetzentwurfs bei der bestehenden Körperschaft ohne vorhergehende Ver-

handlungen mit den zuständigen kirchlichen Stellen wohl nirgends eine Parallele findet. Auch in unserem Lande ist, soweit mir bekannt ist, niemals so verfahren worden. Deshalb habe ich Sie vorgestern, schon ohne Kenntnis von dem Inhalt des Gesetzentwurfs zu haben, aufs dringendste gebeten, von dessen Einbringung bei dem Sejm abzusehen und mit unserer Kirche in Verhandlungen zu treten.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Gesetzentwurf gestern unserer Kirchenleitung, dem Landeskirchenrat und dem Landes synodalvorstand, vorzulegen. Nach der ersten Prüfung des Entwurfs haben wir uns entschlossen, persönlich bei Ihnen vorzusprechen, und ich erkläre heute im Namen der Kirchenleitung:

1. Die Begründung des Gesetzentwurfs ist nicht stichhaltig. Unsere kirchliche Organisation vom Juni 1923 ist völlig legal. Wenn darüber Zweifel gewesen wären, hätte die Staatsregierung die Pflicht gehabt, nach dem ersten Schriftwechsel im Jahre 1923 mit uns in weitere Verhandlungen zu treten. Das ist nicht geschehen. Unsere kirchliche Organisation ist 14 Jahre hindurch de facto anerkannt worden.

2. Nach der Staatsverfassung hat die Ordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche nach Verständigung zwischen der Regierung und der rechtlichen Repräsentation der Kirche zu erfolgen. Die Herbeiführung einer Verständigung ist im vorliegenden Falle nicht einmal versucht worden. Vielmehr soll die Organisation unserer Kirche völlig einseitig vom Staat herbeigeführt werden. Somit wird die Staatsverfassung zum aller-schwersten Schaden unserer Kirche verletzt.

3. Der Inhalt des Gesetzentwurfs bindet unsere Kirche an die Staatsgewalt in einer Weise, die die durch die Staatsverfassung verbürgte innere Freiheit und Selbständigkeit unserer Kirche illusorisch macht. Wir sind um unserer Verantwortung für die Kirche und um unseres Gewissens willen gezwungen, ihn abzulehnen, da er unserer Kirche den Charakter als Kirche nimmt.

4. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, daß eine Körperschaft, der unseres Wissens kein Glied unserer Kirche angehört, über Bestand und Zukunft unserer Kirche beschließen soll, ohne jede Zustimmung unserer Kirche, ja ohne jede Anhörung ihrer Organe.

Sie haben, Herr Wojewode, vorgestern mir gesagt, es sei der Wunsch der Staatsregierung, die kirchlichen Dinge in Ruhe und Frieden zu

## Marconi gestorben

Kurz vor Redaktionsschluss trifft die Meldung ein, daß der bekannte Erfinder Marconi gestorben ist.

regeln. Ich habe erwidert, daß wir unsererseits diesen Wunsch all die Jahre hindurch gehabt haben.

Der Weg, den Sie gehen wollen, führt nicht zum Frieden, sondern muß von uns als eine Kampfansage schroffer Art empfunden werden. Es geht hier um Gewissensdinge. Es werden Konflikte kommen, die weder der Staat noch die Kirche wünschen.

Ich beschwöre Sie, Herr Wojewode, den Gesetzentwurf zurückzuziehen und mit uns in Verhandlungen einzutreten. Sie werden uns dazu bereit finden.“

## Ein Schreiben der Kirchenleitung

Gleichzeitig ist an den Wojewoden von Schlesien ein Schreiben der Kirchenleitung der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien gerichtet worden, in welchem festgestellt wird, daß der Entwurf als Ganzes genommen nicht mit dem Anspruch einer Evangelischen Kirche auf innere Freiheit und Unabhängigkeit und infolgedessen nicht mit der Würde und Autorität einer Evangelischen Kirche in Einklang zu

bringen sei. Aus diesem Grunde habe sich die Kirchenleitung gezwungen gesehen, sich hilfe-

In dem Schreiben der Kirchenleitung heißt es weiter, daß sich die Ainernte Evangelische Kirche in Oberschlesien auf die Synode von Plesch im Jahre 1923 stütze.

14 Jahre hindurch haben die Wojewodschaft ebenso wie die sämtlichen anderen in Betracht kommenden staatlichen Behörden mit den Organen der Kirche amtlich verkehrt. „Die Anerkennung des Daseins unserer sämtlichen Organe ist nicht einmal, sondern immer wieder de facto erfolgt. Der Schlesische Sejm hat nicht das Recht, unsere Verfassung als ungültig anzusehen und durch Bestimmungen völlig anderen Inhalts zu ersetzen.“

„Unserer Kirche gegenüber soll eine Ordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche eingeführt werden: ohne jegliche Zustimmung unserer Kirche, ohne jegliche Anhörung ihrer Organe, durch einen Beschluß des Schlesischen Sejm, dem unseres Wissens kein einziges Mitglied unserer Kirche, ja nicht ein einziger Evangelischer angehört, der sich vielmehr lediglich aus Katholiken bzw. Angehörigen anderer Bekenntnisse zusammensetzt.“

Hiergegen legen wir feierlich Protest ein. Seit der Mitte der 19. Jahrhunderts haben wir als Mitglieder der Ainernten Evangelischen Kirche eine unabhängige kirchliche Verwaltung und Gesetzgebung. In keinem Fall ist seit dieser Zeit eine Ordnung unserer Verfassung durch Staatsgesetz erfolgt. Hier soll es geschehen, entgegen dem Art. 2 des Schlesischen Verfassungsgesetzes, entgegen der Staatsverfassung (Art. 113 und 115), entgegen Grundrätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit, durch einen Beschluß, bei dem lediglich Andersgläubige mitwirken.

Stets werden wir bereit sein, als Bürger des Polnischen Staates, denen das Wohl des Staates am Herzen liegt, zu seinem Besten zu arbeiten und bei der Ordnung unseres Verhältnisses zum Staat im Sinne dieser Einstellung

# „Polen waren wir und Polen bleiben wir“

## Eine grundsätzliche Erklärung des Verbandes der Polen in Deutschland

Die „Opolstie Nowiny Codzienne“, das führende Blatt der Polen in Deutsch-Oberschlesien, veröffentlichte an leitender Stelle die folgende Erklärung:

„Die Genfer Konvention hat am 15. Juli aufgehört zu bestehen. Diese Konvention hatte von Anfang an Übergangscharakter. Im Laufe von 15 Jahren sollte sie die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und schließlich auch nationalen Beziehungen in beiden Teilen Oberschlesiens regeln. Ohne darauf einzugehen, ob die Konvention ihrer Aufgabe gerecht geworden ist oder nicht, muß erklärt werden, daß es von Anfang an nicht ihre Aufgabe gewesen ist, die rechtliche Lage der polnischen Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien als ständige Grundlage unseres nationalen und kulturellen Lebens festzulegen. Keinesfalls war die Konvention Grundlage oder Existenzbedingung der polnischen Bevölkerung in Deutsch-Oberschlesien.“

Denn Polen waren wir und bleiben wir, nicht von Gnaden der Genfer Konvention, sondern von Gnaden Gottes und aus der Tatsache unserer Zugehörigkeit zum polnischen Volk heraus.

Wir haben also das Naturrecht auf unser besonderes nationales Leben. Die Garantierung dieser Rechte und ihre Anwendung in der Praxis haben wir immer vom deutschen Staat und nicht von irgendeiner internationalen Instanz oder einem internationalen Abkommen verlangt.

Das Ende der Genfer Konvention kann deshalb für uns nicht Ursache irgendwelcher Be-

mitzuzirkeln. Aber wir verwahren uns gegen eine einseitige, die Geschichte unserer Kirche verkennende, dem Geist unserer evangelischen Kirche widersprechende Ordnung durch ein Wojewodschaftsgesetz.“

fürchtungen sein. Im Gegenteil drängen sich uns an diesem Tage zwei Feststellungen auf:

1. Wir sind jetzt in derselben Lage wie unsere Brüder in den anderen Gebieten des Reiches, die keine Konvention hatten und dennoch mit ihrer eigenen Arbeit dort das polnische Leben aufbauten und weiterbauten.

## Außenpolitische Debatte in London

# „Berständigung oder Chaos“

### Der britische Spanienplan steht oder fällt als Ganzes

London, 19. Juli.

Im englischen Unterhaus eröffnete Außenminister Eden die außenpolitische Debatte mit einer Rede, in der er zunächst auf die Ereignisse im Fernen Osten einging, die er als weiterhin verworren und bejorgnisserregend bezeichnete. Die Ursache und die Verantwortlichkeit für den ersten Zusammenstoß seien ungewiß, und die örtlich gepflogenen Verhandlungen seien in London nicht ganz bekannt. Alle Anzeichen ließen jedoch darauf schließen, daß keine von den beiden beteiligten Regierungen den Zwischenfall provoziert habe. Das mache die Lage nicht weniger gefährlich. Immerhin erschiene es dadurch als möglich, daß eine Lösung gefunden werde. Insbesondere die japanische als auch die chinesische Regierung hätten ihm, Eden, versichert, daß sie bestrebt seien, eine Ausdehnung

2. Wir bilden von jetzt ab eine noch enger geschlossene polnische Familie in Deutschland die in unserer mächtigen Hauptorganisation, dem Verband der Polen in Deutschland, organisiert sind, der gerade in diesem Jahr den 15. Jahrestag seines Bestehens feiert.

Verbunden durch den Kampf für die gemeinsame Sache und durch die Liebe für die polnische Nation, werden wir für die polnische Sache in Deutschland arbeiten und um unsere begründeten Rechte kämpfen.“

Die Forderungen der Polen in Deutschland sind auch die Forderungen der deutschen Volksgruppe in Polen. Auch wir kämpfen um unsere begründeten Rechte, auch wir wollen Deutsche sein und bleiben. Werruß ist die Feststellung der Erklärung, daß die Polen in Deutschland aus eigener Arbeit ihr Leben aufbauten und weiter aufbauen. Werden doch dadurch die Behauptungen der polnischen Inlandspressen von angeblichen Unterdrückungen der Polen im Reich aufs neue Lügen gestraft.

der Unruhen zu vermeiden. Er habe beiden Regierungen gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die Lage nicht schlimmer werden dürfe und eine friedliche Regelung erreicht werden sollte

Ursache zur Sorge gäbe jedoch die Tatsache, daß große Truppenmassen zum Schauplatz des Zwischenfalls befordert würden.

Infolge der drohenden Gefahr habe sich die britische Regierung auch mit den Vereinigten Staaten und der französischen Regierung in Verbindung gesetzt und diesen gegenüber ihre Sorge und ihren Wunsch zu einer friedlichen Regelung zum Ausdruck gebracht. Eden betonte, daß noch immer die Hoffnung bestünde, die chinesisch-japanischen Beziehungen zu verbessern und eine Lösung der zahlreichen Schwierigkeiten zu finden, welche die englisch-japanischen Beziehungen störten.

Zu den letzten Verhandlungen des Nichtmischungsausschusses erklärte Außenminister Eden,

der britische Plan stehe oder falle als ein Ganzes.

Auf einen Zusammenbruch des Kompromißvorschlages würde auch ein völliger Zusammenbruch der Neutralitätspolitik folgen müssen. Zu der morgigen Sitzung erklärte Eden weiter, was auch immer für Schwierigkeiten im einzelnen auftauchen mögen, er müsse die Hoffnung und den Appell aussprechen, daß die Völker morgen in erster Linie sich der Alternative „Berständigung oder Chaos“ bewußt blieben. Alle Nationen, fügte Eden hinzu, seien sich ja doch einig in dem Wunsch, daß der spanische Krieg sich nicht zu einem europäischen auswachse. Die britische Regierung sei bereit, in diesem Bestreben mit allen Nationen zusammenzuarbeiten und das Mögliche dazu beizutragen. Eden hob besonders hervor, daß Großbritannien keinerlei Einmischung in Spanien beabsichtige.

Zur Lage im Mittelmeer übergehend, erklärte der Außenminister, man solle ja verstehen, daß Großbritannien keinerlei Einmischung in Spanien beabsichtige.

Zur Lage im Mittelmeer übergehend, erklärte der Außenminister, man solle ja verstehen, daß Großbritannien nichts weiter als sein eigenes Recht zu verteidigen wünsche, aber nicht das Recht eines anderen Staates anzutasten. Aus diesem Grund habe England auch das Mittelmeerabkommen mit Italien abgeschlossen. Eden hob besonders hervor: „Raum für alle ist im Mittelmeer!“ Das selbe gelte auch für das Rote Meer.

Schließlich wandte sich Eden den Verhandlungen in Washington über wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Völker zur Behebung der politischen Schwierigkeiten zu und gab der Erwartung Ausdruck, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Abkommen führen mögen.

Zum Schluß sprach Eden wieder einmal über den Völkerbund und erklärte, auch heute sei Genf noch ein Instrument von großem politischen Wert. Aber Einfluß würde der Völkerbund nur durch Wiedererweiterung seiner Mitgliederzahl erlangen, und es müßte daher alles getan werden, um allen großen Völkern die Rückkehr in den Völkerbund zu ermöglichen.

## Piccards Ballon erneut verbrannt

Rochester (Minnesota). Professor Piccard startete am Sonntag zu einem neuen Stratosphärenflug vor einer zahlreichen Zuschauermenge. In einer Höhe von 175 Meter begann der Wind den Ballon nach Westen abzutreiben, um 10 Uhr vormittags war der Ballon bis auf 3000 Meter Höhe gekommen. Die Radioverbindung mit der Erde blieb aufrechterhalten. Piccard wollte vor Montagabend nicht landen, er wurde jedoch frühzeitig dazu gezwungen, und zwar ging er in Lansing im Staate Iowa nieder. Die vorzeitige Landung erfolgte, weil der Ballon in Brand geraten war. Professor Piccard ist unversehrt gelandet. Er erklärte, daß der Brand in dem gleichen Augenblick ausbrach, als er die kleinen Tragballons loslöste.

## Wieder Zuspikung in Nordchina

# Nanking zum äußerster Widerstand entschlossen

### Die Lage treibt auf einen Krieg zu -- Vorbereitungen auf beiden Seiten

Tokio, 19. Juli.

Der Konflikt um Peiping, die alte chinesische Kaiserstadt Peking in Nordchina, hat durch die Ereignisse der letzten Stunden eine weitere Verschärfung erfahren. Eine Denkschrift der japanischen Regierung, die von der chinesischen Zentralregierung in ultimativer Form binnen 48 Stunden die Zustimmung forderte, jede Einmischung in den Peiping-Konflikt zu unterlassen und die „provokierende Haltung“ gegenüber Japan aufzugeben, ist von Nanking mit persönlichen Gegenvorschlägen abgelehnt worden, die an erster Stelle die gleichzeitige Zurückziehung der japanischen und chinesischen Truppen aus der Konfliktszone anregen. Hieraus hat die japanische Nordchina-Armee eine Erklärung veröffentlicht, in der angesichts der unbefriedigenden Antwort der Nanking-Regierung auf die japanische Denkschrift und der erneuten Eröffnung des Feuers durch chinesische Truppen bei Lukoutschau angekündigt wird, daß nunmehr jeder Übergriff chinesischer Truppen in Nordchina von japanischer Seite mit Waffengewalt zurückgewiesen wird.

In ihrer Antwort auf das japanische Ultimatum macht die Nanking-Regierung geltend, daß die chinesischen Truppenbewegungen nach der nördlichen Verteidigungslinie lediglich eine Folge der japanischen Truppenverschiebungen nach Nordchina und daher als Gegenmaßnahme aufzufassen seien. Angesichts dieser chinesischen Haltung ist man in Tokio der Ansicht, daß die Lage in Nordchina immer augenfälliger dem Krieg zutreibt. Ganz Japan erwartet stündlich eine Entscheidung. Die großen japanischen Zeitungen fordern, daß angesichts der „ungenügenden chinesischen Antwort“ auf das japanische Ultimatum keine weitere Verzögerung geduldet werde.

Die japanischen militärischen Vorbereitungen in Nordchina sind nach Ansicht unerrichteter Kreise nahezu abgeschlossen. Die japanische Bevölkerung ist von einer Welle der vaterländischen Begeisterung erfaßt, wie man sie seit dem Weltkrieg nicht mehr erlebt hat. Die vom Kaiser befohlene Mobilisierung von fünf Millionen Reservisten macht rasche Fortschritte.

## Vier Mindestforderungen Tschangkaihs

Schanghai, 19. Juli.

Marschall Tschangkaihs hat in einer längeren Erklärung zum chinesisch-japanischen

Nordchina-Konflikt grundsätzliche Stellung genommen. Der Marschall stellte zunächst als Mindestforderungen auf, von denen die Nanking-Regierung unmöglich abgehen könne:

1. Jede Regelung irgendwelcher Art darf die territoriale Unverletzlichkeit und die Hoheitsrechte Chinas nicht verletzen.

2. Der Status des Politischen Rates für die umstrittenen nordchinesischen Provinzen Hopen-Tschachar ist von der Nanking-Regierung festgelegt, die keine ungesetzlichen Änderungen zulassen kann.

3. Die Nanking-Regierung kann die Absetzung von örtlichen Beamten, die wie der Präsident dieses Politischen Rates von ihr ernannt worden sind, auch auf Grund auswärtigen Drucks nicht dulden.

4. Die Nanking-Regierung kann irgendwelche Beschränkungen hinsichtlich der Garnisonplätze der 29. Armee nicht zulassen.

Der vierte Punkt der Erklärung Tschangkaihs bedeutet die Ablehnung der japanischen Forderung, die Truppen der 29. Armee, die in Tokio als besonders japanfeindlich gilt, aus Nordchina zurückzuziehen und in südlichere Garnisonen zu verlegen. Marschall Tschangkaihs betont weiter, daß das chinesische Volk stets friedliebend gewesen sei und daß die Nanking-Regierung die Regelung aller Probleme auf diplomatischem Wege anstrebe. Der letzte Zwischenfall in Nordchina habe jedoch gezeigt, daß Japan in China bestimmte Zwecke verfolge. Auf Grund eingegangener Berichte hätte China diesen Zwischenfall nur dadurch verhindern können, daß es den ausländischen Armeen unbehinderte Bewegungsfreiheit im eigenen Gebiet gestattet hätte, während den eigenen Truppen Beschränkungen auferlegt worden seien. Jedes Land, das auch nur die geringste Selbstachtung besäße, hätte dieser Erniedrigung nicht zustimmen können.

Tschangkaihs weist dann auf den Verlust der Mandchurei und das Langku-Abkommen hin, das die Rechte der Nanking-Regierung in Nordchina beschränkte, und erklärt, daß China zum Widerstand gezwungen werde.

Wenn die Regierung zulasse, daß auch nur ein Fuß breit chinesischen Bodens verlorengelange, so würde sie ein unverzeihliches Verbrechen am chinesischen Volke begehen.

Zum Schluß drückte der Marschall die Hoffnung aus, daß der Friede doch noch erhalten bleiben möge.

In ganz China versteift sich die Stimmung immer mehr im Sinne schärfsten Widerstandes gegen Japan. In der etwaigen Kriegszone im Süden der Hopei-Provinz legen die Chinesen ein ausgehehntes System von mehrfachen gestaffelten Schützengraben und Drahtverhauen an. Von der Nanking-Regierung wird offiziell mitgeteilt, daß japanische Flugzeuge chinesische Personenzüge auf der Bahnlinie Peiping-Hankau mit Maschinengewehren

## Wieder einmal beschlagnahmt

Die gestrige Ausgabe des „Posener Tageblatts“ Nr. 162 ist auf Anordnung des Staatsanwalts beschlagnahmt worden. Beanstandet wurde eine Notiz aus Tremessen. Bisher ist uns aber die Begründung für die Maßnahme nicht mitgeteilt worden.

beschossen hätten, wobei es insgesamt 30 Tote und Verletzte gegeben habe. Das chinesische Außenministerium hat der japanischen Botschaft eine energische Protestnote übermittelt, in der es sich das Recht vorbehält, Schadenersatz zu fordern.

## Forderung steht gegen Forderung

Schanghai, 19. Juli.

Nach einer amtlichen chinesischen Mitteilung über die Unterredung zwischen dem japanischen Militärattache Kita und dem chinesischen Kriegsminister Hoiyngtschin forderte der japanische Militärattache die Zurückziehung aller Truppen der Zentralregierung aus Hopei. Er gab zu verstehen, daß die Nichterfüllung dieser Forderung zur Verschärfung der chinesisch-japanischen Krise führen werde, die sich schnell ihrem Schlußstadium nähere.

Der chinesische Kriegsminister betonte, alle Maßnahmen seien aus Gründen der Selbstverteidigung wegen der Verstärkung der japanischen Truppen ergriffen worden. Die jetzige Lage sei nur auf die Entfendung einer starken japanischen Armee und von Flugeinheiten zurückzuführen. Es gäbe keinen Unterschied zwischen Zentral- und Nichtzentraltruppen. China habe das Recht, seine Truppen innerhalb seines eigenen Gebietes nach eigenem Ermessen zu verwenden. Da aber China Frieden wolle und die Lage nicht verschärfen wolle, so werde China, falls Japan seine Truppenverstärkungen zurückziehe, gleichartige Maßnahmen ergreifen. Eine weitere Zuspikung der Lage hänge einzig und allein von Japan ab.



# Deutschland braucht deutsche Kunst

## Die große Rede Adolf Hitlers an die Künstler in München

Als vor vier Jahren, so führte der Führer u. a. aus, die feierliche Grundsteinlegung dieses Baues stattfand, waren wir uns alle bewußt, daß nicht nur der Stein für ein neues Haus gelegt, sondern der Grund gelegt werden mußte für eine neue und wahre deutsche Kunst. Es galt, eine Wende herbeizuführen in der Entwicklung des gesamten deutschen kulturellen Schaffens. Vielen war es schwer gefallen, das Wort „Münchener Glaspalast“ zu verlieren und diesem Neubau auch einen neuen Namen zu geben. Trotzdem fanden wir es damals für richtig, das Haus, das in seinen Räumen die Fortsetzung jener einst berühmtesten deutschen Kunstausstellung erfahren sollte, nicht als „Neuen Glaspalast“, sondern als das „Haus der Deutschen Kunst“ zu proklamieren. Denn gerade dadurch war auch die Frage, ob es denn noch überhaupt eine deutsche Kunst gebe, zu prüfen und zu beantworten.

### Die innere Zersetzung

Der Zusammenbruch und allgemeine Verfall Deutschlands war — wie wir wissen — nicht nur ein wirtschaftlicher oder politischer, sondern ein in vielleicht noch viel größerem Ausmaß kultureller gewesen. Dabei war auch dieser Vorgang nicht durch die Tatsache des verlorenen Krieges allein zu erklären. Solche Katastrophen haben Völker und Staaten sehr oft heimgeführt, und gerade sie sind dann nicht selten der Ansporn für ihre Läuterung und damit innere Erhebung gewesen. Jene Flut von Schlam und Unrat, die aber das Jahr 1918 an die Oberfläche unseres Lebens gespinn hatte, war nicht durch den Verlust des Krieges entstanden, sondern durch ihn frei geworden. Ein an sich schon durch und durch verdorbener Körper erfuhr erst durch die Niederlage den ganzen Umfang seiner inneren Zersetzung. Nun, nach dem Zusammenbruch der scheinbar noch in Ordnung befindlichen früheren gesellschaftlichen, staatlichen und kulturellen Formen, begann die darunter schon längst vorhanden gewesene Gemeinheit zu triumphieren, und zwar auf allen Gebieten unseres Lebens.

### Schlagworte und Phrasen

Es ist bemerkenswert, daß in dieser Zeit des Verfalls und Zusammenbruchs die Schlagworte und Phrasen in eben demselben Ausmaße steigend zu triumphieren begannen. Allein auch hier war es natürlich am schwierigsten, auf die Dauer gegen den allgemeinen fühlbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch mit dem Schwulst blasser Theorien anzukämpfen. Gewiß, es wurde auch dagegen unendlich viel geredet von modernen Errungenschaften sozialistischer und kommunistischer Inhalts, von liberalen Wirtschaftsauffassungen, von den ewigen Gesetzen nationalökonomischer Tatsachen oder Bedingungen. Allein die allgemeine Not, besonders das durch die Erwerbslosigkeit millionenfach bedingte Elend, waren damit nicht wegzubringen, noch waren von denen Betroffenen die Folgen auszurechen. Daher gelang es auch, den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Nation viel schwerer durch Schlagwörter oder Phrasen zu verbergen als den politischen.

Dennoch war auch hier auf die Dauer — allerdings nur dank der nationalsozialistischen Aufklärung — das Schlagwort der Wucht der Tatsachen erlegen. Immer mehr Menschen erkannten, daß die durch die marxistisch-parlamentarische Demokratie und Zentrumswirtschaft erreichte und sich dauernd steigende weltanschauliche und politische Zersplitterung zu einer allmählichen Auflösung des einheitlichen Volksgedankens und damit der Volksgemeinschaft und infolgedessen zur Lähmung der inneren und äußeren Lebenskraft unseres Volkes führen mußte.

Diese eintretende Schwächung des deutschen Volkstümpers aber führte zu jener internationalen Rechtslosigkeit, die ihren außenpolitischen Lohn in der konstanten Verweigerung der deutschen Gleichberechtigung fand.

Es ist nur dem Glauben an die Vergeltlichkeit der Menschen zuzuschreiben, wenn heute von Seiten ausländischer Politiker oder Diplomaten sehr oft der Eindruck zu erwecken versucht wird, als ob man ja sehr gerne bereit sein würde, einem demokratischen — sprich also: marxistisch-demokratisch-parlamentarischen — regierten Deutschland weiß Gott was für Lebensvorteile auf dieser Welt schenken oder wenigstens gewähren zu wollen. Nun, diese parlamentarisch-demokratische, dem Ausland abgelebene und nachgeplagte Regierungsform hat es vor wenigen Jahren nicht im geringsten verhindert, gerade dieses damalige Deutschland zu unterdrücken, zu erpressen und auszuplündern, solange und soweit es von unserem Volke etwas zu erpressen gab.

Nein: So sehr sich auch aus verständlichen Gründen unsere inneren und äußeren Gegner bemühen, die deutsche Ohnmacht mit einem förmlichen Dünst international üblicher Phrasen zu umschleiern, so sehr hat doch die Härte der Tatsachen geholfen, das

deutsche Volk zu erziehen und ihm die Augen zu öffnen über das Ausmaß seines Zusammenbruchs und Verfalls, den es unter

### Der verderbliche jüdische Einfluß

Viel erfolgreicher und vor allem anhaltender war demgegenüber die durch Schlagworte und Phrasen erreichte Verwirrung der Ansichten über das Wesen der Kultur im allgemeinen und des deutschen Kulturlebens und Kulturverfalls im besonderen.

#### Zunächst ist

1. der Kreis derer, die sich bewußt mit kulturellen Dingen befassen, natürlich nicht annähernd so groß wie die Zahl jener, die sich mit wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigen müssen:

2. hatte sich auf diesem Gebiet mehr wie auf jedem anderen das Judentum jener Mittel und Einrichtungen bemächtigt, die die öffentliche Meinung formen und diese damit letzten Endes regieren. Das Judentum verstand es besonders unter Ausnutzung seiner Stellung in der Presse, mit Hilfe der sogenannten Kunstkritik nicht nur die natürlichen Auffassungen über das Wesen und die Aufgaben der Kunst sowie deren Zweck allmählich zu verwirren, sondern überhaupt das allgemeine gesunde Empfinden auf diesem Gebiete zu zerstören. An Stelle des normalen Menschenverstandes und Instinkts traten bestimmte Schlagworte, die dank ihrer dauernden Wiederholung langsam doch einen großen Teil der sich mit Kunsttätigkeiten oder die Kunstaufgaben beurteilenden Menschen entweder unsicher machten oder zumindest so einschüchterten, daß es diese dann nicht mehr wagten, gegen den dauernden Strom solcher Phrasenflüsse ernstlich und offen anzukämpfen. Indem man die Kunst einerseits nur als ein internationales Gemeinschaftsergebnis ausgab und damit überhaupt jedes Verständnis für ihre Volkswundenheit tötete, verband man sie dafür desto mehr mit der Zeit, daß heißt also: es gab nun gar keine Kunst

den Auspizien seiner westlich orientierten demokratischen Völkereidologen erlitten hatte.

der Völker oder besser der Rassen mehr, sondern nur jeweils eine Kunst der Zeiten.

Traurig war es aber auch zu erleben, so fuhr der Führer fort, wie durch diese Schlagwörter und Blödselen allmählich eben doch nicht nur ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit in der Beurteilung künstlerischer Leistungen oder Bestrebungen aufkam, sondern wie dies mithilfe jene Feigheit und Angst groß zu züchten, die selbst ansonsten verständige Menschen hinderten, gegen diesen Kulturvolksgeheimnis Stellung zu nehmen bzw. sich den niederträchtigen Propagandisten dieser kulturlosen Nartreien zu widersetzen. Daß sich die Presse in den Dienst der Propaganda für diese Vergiftung unseres gesunden Kultur- und Kunstempfindens stellte, habe ich schon erwähnt. Daß sie es aber fertigbrachte, die Einsicht ihrer Leser allmählich so zu verderben, daß diese teils aus Unsicherheit, teils aber auch aus Feigheit einfach nicht mehr wagten, dieser Art von Kulturverderben entgegenzutreten, war das Entscheidende. Denn jetzt erst konnte es den geschäftstüchtigen jüdischen Kunsthändlern gelingen, die größten Schmiererger von heute auf morgen einfach als die Schöpfungen ihrer neuen und damit modernen Kunst zu offerieren und vor allem zu taxieren, während man ungekehrt hochgeschätzte Werke kurzerhand abtat und ihre Meister als unmodern einfach zur Strecke brachte. Denn in diesem Wort „modern“ liegt naturgemäß die Vernichtung all jener, die diesen Ansinn nicht mitmachen wollen, begründet. Und so wie man leider heute die Kleider nicht beurteilt nach ihrer Schönheit, sondern nur nach ihrer Modernität, und somit nicht nach ihrem eigentlichen Schönheitswert so werden denn auch alte Meister einfach abgelegt, weil es nicht mehr modern ist, sie zu tragen bzw. sie zu kaufen.

### Wahre Kunst ist ewig!

Natürlich wird sich gegen eine solche Auffassung der wirkliche große Künstler wenden. Allein wieviel wahre und große Künstler hat es zu allen Zeiten auf der Welt auf einmal gegeben? Die wahrhaft großen Genies, die uns aus der Vergangenheit überliefert sind, waren in ihrer Zeit auch nur einzelne Auserwählte gemeinen unter unzähligen Berufenen. Diese wenigen allerdings würden aus dem Gefühl ihres eigenen Wertes heraus immer protestiert haben — so wie sie es auch heute tun — gegen die Begriffe „modern“ und „nicht modern“.

Denn die wahre Kunst ist und bleibt in ihren Leistungen immer eine ewige, d. h. sie unterliegt nicht dem Gesetz der saisonmäßigen Bewertung eines Schneiderateliers. Ihre Würdigung verdient sie sich als eine aus dem tiefsten Wesen des Volkes entstammende, unsterbliche Offenbarung.

Es ist aber natürlich verständlich und begreiflich, wenn gegenüber diesen Riesen, die als die wirklichen Schöpfer und Träger einer höheren menschlichen Kultur anzusehen sind, die kleineren Geister ganz zufrieden aufstamen, wenn man sie von der drückenden Ewigkeit dieser Titanen befreit und ihren Werken wenigstens jene Augenblicksbedeutung schenkt, die von der Gegenwart zugebilligt wird.

Was in seinen Leistungen nun einmal nicht für Ewigkeiten bestimmt ist, redet auch nicht gern von Ewigkeiten. Es wünscht im Gegenteil, diese aus der Vergangenheit in die Zukunft reichenden Riesen der Mitwelt möglichst zu verdunkeln um selbst, wenn auch als schwaches Flämmchen, von den suchenden Zeitgenossen entdeckt zu werden.

Was war dabei nun natürlich, als daß gerade diese Sorte kleiner Gegenwarts-Kunstfabrikanten sogar noch auf das eifrigste mithalfen, um

1. den Glauben an die völkische Gebundenheit und damit an die zeitliche Unvergänglichkeit eines Kunstwerks zu beseitigen, um so

2. dem eigenen Kunstwert den Vergleich mit den Leistungen der Vergangenheit zu ersparen und es als daseinsberechtigt wenigstens der Gegenwart aufzutrongieren zu können.

Die Novemberzeit tat dann noch das übrige, um im Sinne der beabsichtigten Zersetzung die kleinsten Kunstbüchlein an Akademien und Galerien zu berufen, um nun auch dafür zu sorgen, daß der Nachwuchs eines ähnlichen, das heißt kleinsten Formats blieb. Denn so wenig diese Geister selbst sind, so groß aber ist ihre Abneigung nicht nur gegenüber dem Schaffen der Großen der Vergangenheit, sondern auch gegenüber jedem Format der Zukunft. Daher sind auch gerade diese Kunstwerke, die selbst die größte Toleranz beanspruchen, bei der Beurteilung ihrer eigenen Erzeugnisse von größter Intoleranz in der Würdigung der Arbeiten anderer.

nationalsozialistische Deutschland aber will wieder eine „deutsche Kunst“, und diese soll und wird, wie alle schöpferischen Werte eines Volkes, eine ewige sein. Entbehrt sie aber eines solchen Ewigkeitwertes für unser Volk, dann ist sie auch heute ohne höheren Wert.

### Dem Volk ein Denkmal

Als daher der Grundstein für dieses Haus gelegt wurde, sollte damit der Bau eines Tempels beginnen nicht für eine sogenannte moderne — sondern für eine wahre und ewige deutsche Kunst, das heißt noch besser: ein Haus für die Kunst des deutschen Volkes und nicht für irgendeine internationale Kunst der Jahre 1937, 40, 50 oder 60. Denn in der Zeit liegt keine Kunst begründet, sondern nur in den Völkern. Es hat daher auch der Künstler nicht so sehr einer Zeit ein Denkmal zu setzen, sondern seinem Volke. Solange ein Volk besteht, ist es in der Pflicht der Erscheinungen der ruhende Pol; es ist das Seiende und Bleibende! Und damit ist auch die Kunst als dieses Seienden Wesensausdruck ein ewiges Denkmal, selbst seiend und bleibend und gibt daher auch keinen Maßstab von gestern und heute, von modern und unmodern, sondern es gibt nur einen Maßstab von „wertlos“ oder „wertvoll“ und damit von „ewig“ oder „vergänglich“. Und diese Ewigkeit liegt gefaßt im Leben der Völker, solange also diese selbst ewig sind, das heißt bestehen.

### Deutsch sein heißt wahr sein

Es ist oft die Frage gestellt worden, was denn nun „deutsch sein“ eigentlich heiße. Unter allen Definitionen, die in Jahrhunderten und von vielen Männern darüber aufgestellt worden sind, scheint mir jene wohl am würdigsten zu sein, die es überhaupt nicht versucht, in erster Linie eine Erklärung abzugeben als vielmehr ein Gesetz aufzustellen. Das schönste Gesetz aber, das ich mir für mein Volk auf dieser Welt als Aufgabe seines Lebens vorzustellen vermag, hat schon ein großer Deutscher einst ausgesprochen: *Deutsch sein heißt klar sein!* Das aber würde besagen, daß deutsch sein damit logisch und vor allem aber auch wahr sein heißt. Ein herrliches Gesetz, das allerdings auch jeden einzelnen verpflichtet, ihm zu dienen und es damit zu erfüllen. Aus diesem Gesetz heraus finden wir dann auch einen allgemein gültigen Maßstab für das richtige, weil dem Lebensgesetz unseres Volkes entsprechende Wesen unserer Kunst.

### Eine heilsame Lehre

Die tiefinnere Sehnsucht nun nach einer solchen wahren deutschen Kunst, die in sich die Züge dieses Gesetzes der Klarheit trägt, hat in unserem Volke immer gelebt. Sie hat unsere großen Maler, unsere Bildhauer, die Gestalter unserer Architekturen, unsere Denker und Dichter und am allerhöchsten wohl unsere Musiker erfüllt. Als an jenem unglücklichen 6. Juni 1931 der alte Glaspalast in Feuer und Flammen aufging, da verbrannte in ihm ein unsterblicher Schatz einer so wahrhaftigen deutschen Kunst. Romantiker hießen sie und waren dabei doch nur die schönsten Vertreter jenes deutschen Sachens nach der wirklichen und wahrhaftigen Art unseres Volkes und nach einem aufrichtigen und anständigen Ausdruck dieses innerlich geachteten Lebensgesetzes.

Unsere deutschen Romantiker von einst dachten nicht im geringsten daran, etwa alt oder gar modern zu sein oder sein zu wollen. Sie fühlten und empfanden als Deutsche und rechneten natürlich dementsprechend mit einer dauernden Bewertung ihrer Werke, entsprechend der Lebensdauer des deutschen Volkes. Welch eine Tragik also, daß gerade ihre Arbeiten verbrennen mußten, während die Erzeugnisse unserer modernen Kunstfabrikanten, die ja ohnehin als in der Zeit liegend ausgegeben werden, uns leider nur zu lange erhalten blieben. Wir wollen sie nun aber auch selbst pflegen als Dokumente des tiefsten Verfalls unseres Volkes und seiner Kultur. Dem Zweck soll auch die Ausstellung der Verfallszeit dienen, die wir in diesen Tagen ebenfalls dem Besuch der deutschen Volksgenossen öffnen und empfehlen. Sie wird für viele eine heilsame Lehre sein.

### Dokument des Lebensrechts

In den langen Jahren der Planung und damit der geistigen Aufrichtung und Gestaltung eines neuen Reiches beschäftigte ich mich oft mit den Aufgaben, die uns die Wiedergeburt der Nation besonders auf dem Gebiete ihrer kulturellen Säuberung auferlegen würde. Denn Deutschland sollte ja nicht nur politisch oder wirtschaftlich, sondern in erster Linie auch kulturell wiedererstehen. Ja, ich war und ich bin überzeugt, daß der letzteren für die Zukunft eine noch viel größere Bedeutung zukommen wird als den beiden ersteren. Ich habe immer die Meinung unserer kleinen Geister der Novemberzeit bekämpft und abgelehnt, die jeden großen kulturellen Plan, ja jede größere Bauaufgabe

schon einfach damit abtaten, daß sie nach ihrer Erklärung ein politisch sowie wirtschaftlich ruinierteres Volk mit solchen Projekten überhaupt nicht belasten dürfte. Ich war im Gegenteil gerade nach unserem Zusammenbruch der Überzeugung, daß Völker, die einmal gestraucht sind und nun von ihrer ganzen Umwelt getrieben werden, erst recht die Verpflichtung besitzen, ihren Unterdrückern gegenüber den eigenen Wert noch bewußter zu betonen und zu bekunden.

Es gibt aber nun einmal kein folgeres Dokument für das höchste Lebensrecht eines Volkes als dessen unsterbliche kulturelle Leistungen.

(Schluß folgt)





Vom polnischen Holzmarkt

Pause in den deutsch-polnischen Holzpreisverhandlungen

Nach einer Meldung des Przeglad Drzewny wurden die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Festsetzung der Preise für Schnittholz und Papierholz aus technischen Gründen für eine gewisse Zeit ausgesetzt.

Wilnaer Holzmarkt

Am Wilnaer Holzmarkt hat sich die Lage in den letzten Wochen kaum geändert. Alljährlich tritt um diese Zeit am Wilnaer Holzmarkt eine gewisse Stille ein.

Auch am Wilnaer Papierholzmarkt herrscht zur Zeit Geschäftsstille. Bei der gegenwärtigen Lage ist es den Lieferanten der grossen Papierfabrik in Wloclawek nicht möglich.

Für englische Materialien fehlt jede Nachfrage, und zwar nicht nur von Danziger Seite, sondern auch von den polnischen Exporteuren.

Auf der anderen Seite kann aber auch kein irgendwie nennenswertes Angebot in diesen Materialien festgestellt werden. Ein Exporteur, der gegenwärtig grössere Partien englischer Sortimente am Wilnaer Markt erwerben wollte, würde in arge Verlegenheit kommen.

Im Gegensatz dazu besteht in diesem Jahr Nachfrage nach Sleeper und Schwellen, welche die Lücke teilweise ausfüllt.

Aehnlich stark ist auch die Nachfrage nach Eisenbahnschwellen. U. a. erwarb die Firma P. Bandler in Bromberg in letzter Zeit von einer Reihe von Firmen etwa 10 000 Stück Schwellen und zahlte für diese Ware 5.25 bis 5.30 Zloty je Stück.

Noch nicht voll erledigt wurden die Schnittholzbestellungen der polnischen Staatsbahn. Die gegenwärtige Marktlage erleichtert den Lieferanten die Erfüllung ihrer Kontrakte.

Richtlinien für die Getreidepolitik

Auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Ministerrates am 15. 7. 37 sind die Richtlinien für die Getreidepolitik im neuen Erntejahre festgelegt worden. Der genaue Inhalt der Beschlüsse wird bisher nicht bekanntgegeben.

Von amtlicher Seite werden vorerst keine weiteren Mitteilungen über die Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses des Ministerrates zur Getreidepolitik im neuen Erntejahre gemacht.

Eine Holzausfuhr nach Frankreich kommt aus dem Wilnaer Gebiet im Augenblick nicht in Betracht. Bei den Wilnaer Sägewerken liegen grössere Mengen Tischlerholz deutscher Dimensionen, die aus in diesem Jahre nicht nach Deutschland exportierten Blöcken eingeschnitten worden sind.

Fest ist die Tendenz weiterhin am Wilnaer Grubenholzmarkt. Die Verladung von Grubenholzern ist in vollem Gange. Immer neue Geschäfte kommen zum Abschluss.

Krakauer Holzmarkt

Die Lage in England und in Danzig wirkte sich ziemlich nachhaltig auf die Situation der Sägewerke im westlichen Vorkarpathenbezirk aus. Die Vertreter der grössten Danziger Exportfirmen halten sich von jedem Geschäft zurück, während die Vertreter der kleineren Danziger Exporteure danach trachten, zu billigen Preisen Käufe zu tätigen.

Holzmarkt in Brest

Da die Bautätigkeit infolge mangelnder Kredite ziemlich schwach ist, halten sich auch Nachfrage und Angebot in engen Grenzen. Lediglich in Auswirkung von öffentlichen Arbeiten ist eine Bedarfssteigerung für Holzmaterialien eingetreten.

Bei den Sägewerken herrscht Bargeldmangel, was diese veranlasst, die Preise zu ermässigen, um die Kauflust zu beleben. Für Tischlerholz wurden in den letzten Tagen 90 bis 100 Zloty je fm, loco Lager, für gehobelte Bretter 65-67 Zloty und für halbreine Seiten 40-50 Zloty je nach Stärke gezahlt.

Besonders empfindlich macht sich im Holzhandel das Fehlen von Ausfuhrkontingenten bemerkbar. Auf die Zuteilung solcher Kontingente warten die Sägewerke im Brest-Litwsker Bezirk seit langem vergeblich.

Grössere Abschlüsse in Holzmaterialien sind am Holzmarkt von Brest am Bug in letzter Zeit nicht notiert worden, so dass im Handel eine resignierte Stimmung hinsichtlich der Absatzlage vorherrscht.

Kapitalerhöhungen bei der Kattowitzer Interessengemeinschaft?

In polnischen Wirtschaftskreisen ist das bereits früher einmal verbreitete Gerücht von einer beabsichtigten Erhöhung des Aktienkapitals der neugegründeten Aktiengesellschaft Kattowitzer Interessengemeinschaft erneut aufgetaucht.

Bromberg, 19. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grossehandel frei Waggon Bromberg. Richtpreise: Alter Roggen 23.75-24.25. Weizen 27.25 bis 27.50, Wintergerste 20.50-21, Hafer 25 bis 25.50, Schrotmehl 95% 35.50-36.50.

Warschau, 19. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grossehandel frei Waggon Warschau. Einheitsweizen 748 gl 28 bis 28.50, Sammelweizen 737 gl 27.50-28, alter Roggen I 693 gl 22.50-23, neuer Roggen 20.50-21, Hafer 27 bis 27.50, Braugerste 23-23.50.

Kattowitz, 17. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grossehandel frei Waggon Kattowitz. Umsätze: Roggen 23, Weizenmehl 0-65% 40, Roggenmehl 0-70% 33-33.50.

Posener Viehmarkt

Auftrieb: Rinder 300, Schweine 1475, Kälber 645, Schafe 155; zusammen 2575 Stück. Rinder: a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt 70-80.

Börsen und Märkte

Posener Effekten-Börse

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 5% Staatl. Konvert.-Anleihe, 4% Prämien-Dollar-Anleihe, etc.

Warschauer Börse

Warschau, 19. Juli. Rentenmarkt: Die Stimmung war in den Staatspapieren stetig, in den Privatpapieren fester. Es notierten: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 65.50.

Amtliche Devisenkurse

Table with 4 columns: City, 19.7. Geld, 19.7. Brief, 16.7. Geld, 16.7. Brief. Lists cities like Amsterdam, Berlin, Brüssel, etc.

Getreide-Märkte

Posen, 20. Juli 1937. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty frei Station Poznan.

Table with 2 columns: Description of grain and its prices. Includes items like Roggen, Weizen, Braugerste, Wintergerste, etc.

Gesamtumsatz: 2508.3; davon Roggen 1751, Weizen 42 1/2, Gerste 10, Hafer 5.

Schafe: a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel 70-72. b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe 60-64.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Eugen Petrucci; für Lokale, Provinz und Sport: i. V. Eugen Petrucci; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Alfred Loake.

